

# Bürokratie bremst die Energiewende aus

Steigende Komplexität: Mit diesen Hürden kämpfen Heizungsbauer und Verbraucher

Von Julia Freyda

**BAD SAULGAU** - Kaum jemand klagt nicht darüber: überbordende Bürokratie. Aber was genau stört die Betroffenen im Arbeitsalltag besonders? Die SZ hat sich in verschiedenen Branchen umgehört. Heute: Heizungsbauer Gabriel aus Boos.

Mal angenommen: Ausgerechnet mitten im Februar fällt bei Oma Annemarie die Heizung aus. Die 80-Jährige möchte natürlich nicht im Kalten sitzen und ruft beim Handwerker an. Vor Ort stellt Meister Gerhard Gabriel schnell fest, eine Reparatur der alten Ölheizung lohnt nicht mehr.

Die Beratung für einen Heizungstausch beginnt seit Januar verpflichtend mit einem achtseitigen Formular. Darin wird Oma Annemarie über die unterschiedlichen Heizsysteme aufgeklärt. Ganz unabhängig davon, welche Heizung sie oder die Firma überhaupt beauftragen will: sie muss unterschreiben, dass das Gespräch stattgefunden hat. „Und wir müssen das Dokument aufheben, damit nicht Oma Annemarie oder ihre Enkel später gegen fehlende Beratung klagen“, sagt Andrea Gabriel.

Selbst wenn Oma Annemarie schon vorher gewusst hätte, welches Heizungssystem sie möchte, ist diese Aufklärung durch den Handwerker aber gesetzliche Pflicht. Nun fällt ihre Wahl auf eine Wärmepumpe mit Pelletheizung. „Zwar momentan eine der Luxusvarianten unter den Möglichkeiten, aber zukunftssträchtig und mit einer der besten Förderquoten“, sagt Andrea Gabriel.

Wie hoch die Förderung für Oma Annemarie und ihr Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung ausfällt, richtet sich unter anderem nach Art und Alter der bisherigen Heizung, ihrem Einkommen und ob sie sich schnell entscheidet. Manche Zuschüsse gibt es nur für ihre eigene Wohnung, andere auch für die Einliegerwohnung. „Angenommen die 80-Jährige kann die Fördertöpfe voll ausschöpfen, würde sie bei einer Investition von rund 60.000 Euro ungefähr die Hälfte vom Staat bekommen“, sagt Gabriel.

Ohne Hilfe vom Handwerker oder Angehörigen dürfte Oma Annemarie aber kaum an diese Summe kommen. „Allein die Berechnung der Förderung ist mit dem neuen Gesetz sehr viel kom-



Andrea Gabriel zeigt das neue Formblatt. Das müssen Heizungsbauer sich seit Januar vom Kunden nach jeder Beratung unterschreiben lassen.

FOTO: JULIA FREYDA

plexer geworden. Früher gab es feste Beträge und Förderquoten, nun ist es bei jedem Fall ganz unterschiedlich“, sagt Gabriel. Entsprechend steige der bürokratische Aufwand und die Beratungsdauer pro Kunde.

Für ihren Antrag muss Oma Annemarie voraussichtlich auch Unterlagen wie eine Meldebescheinigung, Grundbuchauszug und Einkommenssteuerbescheid einreichen. Genau weiß das auch Fachfrau Gabriel noch nicht. „Die Details stehen vermutlich erst Ende Februar fest. Bislang haben wir mehrfach neue Vorgaben im Postfach gehabt.“

Nach einer guten Woche hat Oma Annemarie zumindest wieder eine warme Stube. Aber damit ist der Fall noch nicht erledigt.

Förderfähig und rechtmäßig wird der Einbau der Heizung erst, wenn die Firma Dinge wie das Heiznetz, den Wärmebedarf und den hydraulischen Abgleich dokumentiert hat. Weil die 80-Jährige von ihrem Hausbau aus den 1950er-Jahren keine Pläne mehr hat, muss vor Ort alles neu vermessen werden. Anschließend müssen die Daten am PC erfasst werden.

Rund 80 Seiten Papier bekommt Oma Annemarie am Ende ausgehändigt. Denn auf Verlangen vorzeigen können. Auch auf der Rechnung macht sich diese Pflicht bemerkbar: 400 bis 600 Euro zusätzlich kommen zusammen. „Im Endeffekt verschlingt die Bürokratie nicht nur Zeit, sondern verursacht auch Mehrkosten für den Kunden“, sagt Gabriel.

Oma Annemarie möchte ihre Rechnung schließlich bezahlen und Andrea Gabriel das Geld in bar vorbeibringen. Theoretisch

ginge das auch. Allerdings müsste die Unternehmerin dafür mit Rechnung am Bankschalter vorstellig werden, um das Geld überhaupt aufs Geschäftskonto einzahlen zu können.

„Sonst stünden wir wiederum im Verdacht, womöglich durch Geldwäsche an die Summe gekommen zu sein. Drum akzeptieren wir nur noch Überweisungen.“

Am Ende schimpft Oma Annemarie nicht nur über den bürokratischen Aufwand, sondern auch die Ampel-Regierung. Diese nimmt Andrea Gabriel in dem Fall allerdings in Schutz. Denn das Ziel der CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2050 ist schon Anfang der 1990er-Jahre unter Kohl-Regierung mit

der Europäischen Union vereinbart worden. „Die Ampel muss nun ausbaden, was frühere Regierungen haben schleifen lassen“, sagt Gabriel.

Den gewählten Weg sehe sie momentan aber kritisch. Vor allem mit Blick in die weitere Zukunft.

Neben dem Bund hat auch das Land Fristen, bis wann Heizungen zu einem be-

stimmten Prozentsatz mit erneuerbaren Energien laufen müssen. Hinzu kommt die Möglichkeit der kommunalen Wärmeplanung. „Bei demselben Thema springen ganz unterschiedliche bürokratische Tiger herum. Diese enorme Komplexität bremst die eigentliche Energiewende mit aus“, sagt Andrea Gabriel.

**„Im Endeffekt verschlingt die Bürokratie nicht nur Zeit, sondern verursacht auch Mehrkosten für den Kunden.“**

Andrea Gabriel

**SERIE**  
Der Amtschimmel